



DR. OTTO WIESHEU

Das international angesehene britische Wirtschaftsmagazin „The Economist“ wartete Mitte August mit der Schlagzeile von der überraschend wieder erstarkenden deutschen Wirtschaft auf. In seiner Titelgeschichte lobte das Blatt die gelungene Restrukturierung der deutschen Wirtschaft und die Wiedergewinnung internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Der deutsche Bundesadler, hieß es in einem Kommentar, „spreizt seine Flügel“.

Die Bewertung des Magazins stützt sich hauptsächlich auf die Beobachtung, dass im Zeitraum 1999 bis 2005 die Lohnstückkosten in Deutschland um rund zwölf Prozent rückläufig waren, während sie in Frankreich nahezu konstant geblieben, in Italien und Spanien sogar um jeweils rund acht Prozent gestiegen sind. Korrespondierend dazu habe als Ausdruck der verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit das Exportvolumen Deutschlands im genannten Zeitraum um fast 50 Prozent zugenommen, in Spanien dagegen lediglich um gut 30 Prozent, in Frankreich um rund 20 Prozent und in Italien gar nur um rund acht Prozent. Trotz dieser erfreulichen Einzelbeobachtung: Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist noch lange nicht über den Berg. Was speziell die exportorientierten Unternehmen geschafft haben – wieder fit zu werden für den immer härter

Deutschland steht am Scheideweg

werdenden internationalen Wettbewerb – gilt längst noch nicht für die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland. Und es gilt – leider – immer noch nicht für eine große Zahl an Arbeitsplätzen in Deutschland. Wie sonst wäre es zu erklären, dass unverändert Tag für Tag annähernd 1.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gehen und damit dem Staat an Steuerausfällen, fehlenden Sozialversicherungsbeiträgen und zusätzlich zu leistenden Sozialtransfers ein Schaden von 19.000 Euro für jeden freigesetzten Beschäftigten entsteht? Wenn wie im Vorjahr das mit real rund fünf Prozent stärkste Wachstum der Weltwirtschaft seit Mitte der siebziger Jahre nicht mehr ausreicht, um in Deutschland einen selbst tragenden Aufschwung anzustoßen, dann wird deutlich, dass der ‚Standort D‘ nicht nur unter konjunkturellen, sondern mehr noch unter erheblichen strukturellen Problemen leidet, denen die SPD-geführte Bundesregierung mehr oder weniger hilflos gegenübersteht.

Nach sieben Jahren Rot-Grün befindet sich Deutschland wirtschafts- und beschäftigungspolitisch in einer besorgniserregenden Schiefelage. Die Lage ist sehr viel ernster als viele glauben.

Um nur einige besorgniserregende Entwicklungen zu nennen: Das durchschnittliche nominale Wirtschaftswachstum hat sich unter Rot-Grün gegenüber 1990 bis 1998 fast halbiert. In der Wirtschaftsleistung pro Kopf ist Deutschland in der EU-15 zwischen 1998 und 2004 vom sechsten auf den elften Platz zurückgefallen. Nur noch Spanien und Griechenland weisen mittlerweile eine höhere Arbeitslosigkeit als Deutschland auf. Zum Vergleich: 1998 lag Deutschland bei der Arbeitslosenquote in der EU-15 noch an siebenter Stelle. Der Zustand, in dem sich die Staats- und Sozialfinanzen befinden, ist nicht nur angesichts einer Rekordneuerschuldung des Bundes von über 50 Milliarden Euro im Jahr 2005 gegenüber 29 Milliarden Euro im Jahr 1998 erschreckend. Am Ende des Jahres werden die Staatsschulden den neuen Rekordstand von 1,46 Billionen Euro erreicht haben. Die Summe aus

expliziter und impliziter Staatsschuld, bei der auch bereits eingegangene Renten- und Pensionsverpflichtungen berücksichtigt werden, beläuft sich auf kaum fassbare 300 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zudem sind elf von 16 Länderhaushalten verfassungswidrig. Nicht umsonst kam die Rating-Agentur Standard & Poors kürzlich zu der Einschätzung, dass bei einem Anhalten dieser unverantwortlichen Haushaltspolitik die Staatsanleihen der Bundesrepublik Deutschland in drei Jahrzehnten die Qualität von „Junk bonds“, also Schrottanleihen, aufweisen werden.

Besonders besorgniserregend ist der anhaltende Prozess der Deindustrialisierung: Zwischen 1992 und 2004 hat Deutschland mit rund 3,1 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fast ein Drittel seiner Industrie-Arbeitsplätze verloren. Parallel dazu verringert sich die Wertschöpfungstiefe. Outsourcing und offshoring erstrecken sich längst nicht mehr nur auf einfache und lohnintensive Tätigkeiten, sondern zunehmend auch auf die Bereiche Forschung und Entwicklung. Gerade auch deshalb funktioniert der jahrzehntelang gewohnte exportgetriebene deutsche Konjunkturzyklus nicht mehr.

Der naive Glaube der Bundesregierung, diese Beschäftigungsverluste allein durch den strukturellen Wandel hin zum Dienstleistungssektor auch nur annähernd kompensieren zu können, hat sich als fataler Irrtum erwiesen: 56 Prozent der in der Industrie weg gebrochenen Arbeitsplätze konnten nicht durch neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor aufgefangen werden.

Zum Vergleich: In Bayern gingen im gleichen Zeitraum „nur“ 23 Prozent der Industriearbeitsplätze verloren, die dank der offensiven wirtschaftspolitischen Strategie des Freistaats aus wettbewerbsstärkender Bestandspflege und zukunftsgerichteten Innovationen zudem zu 95 Prozent durch neue Dienstleistungsarbeitsplätze ersetzt werden konnten.

Verschärfend zum politischen Versagen der Bundesregierung kommt hinzu, dass Deutsch-

...weiter auf Seite 2

land neben den wiedervereinigungsbedingten Lasten mit drei fundamentalen Herausforderungen gleichzeitig fertig werden muss: EU-Osterweiterung und Globalisierung führen zu einem verschärften Standortwettbewerb mit Billiglohn- und Niedrigsteuereuländern sowie EU-Höchstfördergebieten. Der beschleunigte Wandel zur wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft stellt Technologievorsprünge und Alleinstellungspositionen auf den Märkten immer schneller in Frage. Die Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung wird etwa ab 2020 zu gravierenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes und die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme führen.

Wenn die deutsche Wirtschaft wieder auf einen nachhaltigen Wachstums- und Beschäftigungspfad einschwenken soll, dann müssen die seit Jahren diskutierten, aber von der Bundesregierung bisher entweder völlig vernachlässigten oder nur zögerlich bzw. falsch umgesetzten Reformen zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, zur Vereinfachung des Steuersystems, zur Senkung der Steuer- und Abgabenlast von Wirtschaft und privaten Haushalten sowie zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Sozialsysteme endlich in die Tat umgesetzt werden. Dazu müssen die Einstellungshürden im Arbeits- und Sozialrecht beseitigt, Hartz IV durch eine Spreizung des Lohngefüges nach unten „gängig gemacht“ und insgesamt die Beschäftigungsschwelle des Wachstums von derzeit zwei in Richtung ein Prozent nach unten gedrückt werden.

Die Union hat im Gegensatz zu SPD und Grüne – geschweige denn zur Linkspartei – bei jeder der Maßnahmen ihres Regierungsprogramms die Messlatte daran angelegt, ob diese Arbeitsplätze fördern oder gefährden.

Das zentrale Problem der deutschen Wirtschaft sind die hohen Arbeitskosten, insbesondere die weltweit höchsten Lohnzusatzkosten. Daher ist es dringend erforderlich, als ersten Schritt den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte zu senken. Die Mehrwertsteuer-Erhöhung um zwei Prozentpunkte zur Gegenfinanzierung ist vertretbar, weil sich der Staat nicht noch mehr verschulden kann. Diese kombinierte Maßnahme dient der Beschäftigung. Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin zufolge werden dadurch eine Menge zusätzlicher Stellen geschaffen.

Angesichts von aktuell 4,7 Millionen arbeitslosen Menschen in Deutschland dürfen wir uns mit einigen Hunderttausend neuen Arbeitsplätzen jedoch nicht zufrieden geben. An einer offensiven, vorwärtsgerichteten wirtschaftspolitischen Strategie auf der Linie „neue Betriebe, neue Produkte, neue Märkte“ führt deshalb kein Weg vorbei, denn die Sicherung der Zukunft und des Wohlstands unseres Landes gelingt nur auf der Basis technologischer Vorsprungsgewinne. Ziel aller Reformmaßnahmen muss deshalb sein, die Innovations- und Investitionsdynamik in Deutschland als Grundlage für eine nachhaltige Stärkung von Wachstum und Beschäftigung massiv zu steigern. Dies muss eine möglichst rasche Anhebung des Anteils der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt von derzeit 2,5 Prozent auf international wettbewerbsfähige 3 bis 3,5 Prozent ebenso beinhalten wie eine Wiederanhebung der Investitionsquote im Bundeshaushalt in Richtung des Werts von 1998 (12,5 Prozent). Nur auf dieser Grundlage kann das Land die derzeitige bloße Verwaltung des Mangels durch Rot-Grün überwinden. Nur so wächst neue Zuversicht und neues Vertrauen in die Zukunft.

Die Wählerinnen und Wähler in Deutschland

stehen wie 1949 vor einer entscheidenden Weichenstellung. 1949 ging es um den Wiederaufbau unseres Landes unter dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft anstelle von Verstaatlichung, sozialistischer Gängelung und Verarmung. Am 18. September geht es angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit, erodierender industrieller Basis und leerer Kassen um die Erneuerung unseres Landes oder den endgültigen Abstieg in wirtschaftliche Zweitklassigkeit bei zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen und einer – angesichts von „Reichensteuer“ – Phantasien der politischen Linken – zunehmenden Ausbeutung der wirtschaftlichen Leistungsträger, deren Zahl mit einer solchen Politik zwangsläufig immer kleiner werden würde.

Es geht bei dieser Bundestagswahl um nicht mehr und nicht weniger als um eine durchgreifende Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert. Die Entscheidung für diesen politischen Weg erfordert politische Klugheit der Wähler und sie erfordert Ehrlichkeit, Mut und Beharrlichkeit von den Kräften der bürgerlichen Mitte, von Union und FDP, die diesen Kurswechsel unter engsten finanzpolitischen Handlungsspielräumen bewerkstelligen müssen.

Die Zeit für einen Wechsel ist gekommen. Deutschland braucht wieder eine politische Führung, die diesen Namen verdient, die all ihre Kraft in die Überwindung der Stagnationskrise steckt und damit den wirtschaftlichen Wiederaufstieg des Landes ermöglicht.



DR. OTTO WIESHEU, MdL

Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Editorial

Deutschland vor der Wahl. Es geht auf Bundesebene um so grundsätzliche Weichenstellungen, wie sie in der deutschen Nachkriegsgeschichte eigentlich nur einmal – nämlich mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft unter Ludwig Erhard – getroffen wurden. Unser Land muss endlich aus dem Teufelskreis immer weiter steigender Arbeitslosigkeit, anhaltender Wachstumsschwäche, ungelöster Struktur- und Finanzierungsprobleme, allgegenwärtiger Reglementierung und wirtschaftspolitischen Stillstandes ausbrechen und eine neue Freiheit in sozialer Verantwortung gewinnen. Die dazu notwendigen Konzepte liegen auf dem Tisch. Der Wirtschaftsbeirat Bayern hat zum Wahl- und

Regierungsprogramm der Union konkrete Beiträge geliefert. Die meisten unserer Forderungen und Grundpositionen, die ad-hoc-Arbeitsgruppen kurzfristig erarbeitet hatten, sind aufgenommen worden und stehen jetzt im Programm einer neuen Politik, die Deutschland bei einem entsprechenden Wählervotum grundlegend und entscheidend voranbringen wird. Besondere Priorität hat dabei die Senkung der Lohnnebenkosten, mit der in einem ersten Schritt bereits Anfang 2006 begonnen werden muss. Dass dafür die Mehrwertsteuer angehoben werden soll, ist ein schmerzlicher, aber wohl unvermeidlicher Preis. Weitere Schwerpunkte sind dringend notwendige Reformen im Bereich der Steuerpolitik, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, der Abbau von Bürokratie sowie eine umfassende Innovationsoffensive, wie sie in Bayern vor allem von Otto Wies-

heu seit Jahren systematisch vorangetrieben wird. Aber es geht nicht nur um die einzelnen Initiativen und Maßnahmen. Es geht auch darum, durch ein stimmiges Gesamtkonzept und eine überzeugende Politik wieder das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Die deutsche Politik muss wieder Perspektive gewinnen. Sie muss Ziele verdeutlichen, die stetig verfolgt werden und den Menschen Mut machen. Dazu können auch Persönlichkeiten wie Paul Kirchhof und Heinrich von Pierer – mit ihrem bisherigen Lebenswerk und ihren einprägsamen Überzeugungen – ganz wesentlich beitragen. Die Voraussetzungen für einen wirklichen Politikwechsel sind also geschaffen. Jetzt haben die Wähler das Wort.

ANDREAS MÜLLER-ARMACK
Generalsekretär

Förderbanken und Ihre Aufgaben – aktueller denn je



RUDOLF W. SCHMITT

Viele Banken haben ihre Geschäftspolitik bei der Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft in den letzten Jahren spürbar verändert. Und diese Änderungen dauern immer noch an. So ist die Mittelstandsfinanzierung zum wirtschaftspolitischen Dauerthema geworden.

Einerseits klagen Mittelständler darüber, dass es schwieriger geworden ist, von den Banken ausreichende Kredite zu erhalten; auch werde die Risikobereitschaft der Banken immer geringer. Kredite würden nur noch dann vergeben, wenn sie voll durch werthaltige Sicherheiten abgedeckt werden können – also dann, wenn man eigentlich kaum noch einen Kredit brauche. Umgekehrt verweisen die Banken auf gestiegene Risiken und hohe Ausfälle der letzten Jahre, die Eigenkapitalschwäche vieler Mittelständler, verschärfte Anforderungen der Bankenaufsicht und im

internationalen Vergleich zu geringe Margen. MITTELSTANDSFÖRDERUNG – EINE KLAS-SISCHE AUFGABE DER FÖRDERBANKEN

Fakt ist, dass – aus nachvollziehbaren Gründen – das Kostenbewusstsein der Banken gestiegen, ihre Risikobereitschaft aber eher nachgelassen hat. Genau hier liegt der strategische Ansatz der öffentlichen Förderbanken, zu deren klassischen Aufgaben die Mittelstandsförderung zählt. Eine verstärkte Bereitschaft zur Risikoübernahme und die Zulassung risikogerechter Hausbankmargen machen sie zum idealen Kooperationspartner der Geschäftsbanken in der Mittelstandsfinanzierung.

Dazu kommt die von der EU-Kommission erzwungene Aufgabenabgrenzung innerhalb des öffentlichen Bankensektors: hier Landesbanken und Sparkassen, die im Wettbewerb der Geschäftsbanken seit dem 19. Juli dieses Jahres auf die gewohnten Instrumente von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung verzichten müssen – dort wettbewerbsneutrale Förderbanken, die bei Wahrnehmung ihrer öffentlichen Förderaufgaben weiterhin auf den staatlichen Rückhalt rechnen und sich deshalb – zum Nutzen des Mittelstands – besonders vorteilhaft refinanzieren können.

HAUSHALTSSANIERUNGEN – KEINE EXIS-TENZIELLE GEFAHR FÜR FÖRDERBANKEN

Auch die Notwendigkeit der Sanierung der öffentlichen Haushalte mit dem einhergehenden Abbau öffentlicher Subventionen schwächt die Förderbanken nur begrenzt, stärkt aber gleichzeitig eher die Notwendigkeit intelligenter bankmäßiger Förderinstrumente. All dies erklärt, dass in den letzten Jahren mehrere deutsche Länder neue selbständige Förderbanken gegründet haben, so

z.B. in Nordrhein-Westfalen, Berlin, Niedersachsen und Schleswig Holstein.

Ein solcher Schritt war in Bayern nicht nötig, wirkt hier doch bereits seit 1951 die LfA Förderbank Bayern als Spezialkreditinstitut des Freistaates vor allem im Bereich der Wirtschaftsförderung. Gegründet als „Landesanstalt für Aufbaufinanzierung“ verhalf sie Vertriebenen, die über unternehmerische Erfahrungen und Ideen, aber keine Sicherheiten verfügten, mit Bürgschaften zu Krediten, damit Erfolg versprechende Investitionen realisiert werden konnten. Als moderne „Förderbank Bayern“ ist die LfA nun gut gerüstet, um in fairer Partnerschaft mit den Geschäftsbanken die Finanzierung des bayerischen Mittelstands weiter voran zu bringen.

DAZU EINIGE AKTUELLE ANMERKUNGEN:

1. Wir haben in Bayern als erstes deutsches Land die Vorgaben der EU-Kommission aus dem Jahr 2002 landesgesetzlich umgesetzt. Das fiel uns nicht schwer, denn wir mussten unsere Geschäftspolitik in der Sache nicht ändern, sondern nur die bisherigen Förderschwerpunkte in der Wirtschaftsförderung konkretisieren.

2. In der Wirtschaftsförderung haben wir unsere Angebote an die Hausbanken zur Risikoteilung in den letzten fünf Jahren konsequent ausgebaut. Vor allem haben wir das Instrument der „Haftungsfreistellung“ im Zusammenwirken mit zinsgünstigen Gründer- und Wachstumskrediten zum Markenzeichen der LfA entwickelt. Bei der Bereitschaft zur Risikoübernahme in Einzelfällen stehen wir damit an der Spitze der Länderförderinstitute.

...weiter auf Seite 4



ODU Steckverbindungssysteme GmbH & Co. KG / Otto Dunkel GmbH

Überall, wo höchste Anforderungen erfüllt werden müssen, kommen Steckverbinder von ODU zum Einsatz, z.B. in der Medizintechnik, Meß- und Prüftechnik, Telekommunikation, Automatisierungstechnik, Automobilindustrie usw.

Einige wichtige Kunden sind u.a.:

DaimlerChrysler, Siemens, Philips, Zeiss, Ericsson, Hewlett Packard, Alcon, Thyssen

ODU Steckverbindungssysteme GmbH & Co. KG / Otto Dunkel GmbH

Pregelstraße 11

84453 Mühldorf am Inn

Tel.: +49/8631/6156-0

Fax: +49/8631/6156-49

E-Mail: zentral@odu.de

www.odu.de



3. Zusammen mit der KfW und einigen anderen Länderförderinrichtungen haben wir seit April dieses Jahres ein „Risikogerechtes Zinssystem für Förderkredite“ eingeführt, damit mehr Mittelständler Zugang zur Förderung erhalten: der Einstandszinssatz für die Hausbank bleibt unverändert, einheitlich und auf historisch niedrigem Niveau, der von der Hausbank festzusetzende Margenaufschlag für den Endkreditnehmer ist nunmehr abhängig von individueller Bonität und Sicherheitlage, d.h. er ist zur Verhandlungssache geworden.

4. Deutlich verstärkt haben wir in den letzten Jahren die Information und Beratung potentieller Endkunden, damit diese die für sie wesentlichen Förderangebote kennen und offensiv in ihre Verhandlungen mit ihrer Hausbank einbringen können.

5. Dass die bayerische Wirtschaft im Vergleich mit den deutschen Ländern seit Jahren, ja Jahrzehnten unbestritten eine Spitzenstellung hat, liegt vor allem an unserer ausgewogenen Struktur: neben den weltweit erfolgreichen Großunternehmen gibt es bei uns eben auch überdurchschnittlich viele und erfolgreiche Klein- und Mittelbetriebe (KMUs). Auf diese wiederum ist das Kernprogramm der LfA ausgerichtet, das sog. Mittelstandskreditprogramm. Erst kürzlich hat das neutrale, in Bonn ansässige Institut für Mittelstandsforschung diesem Programm eine überragende Effizienz bescheinigt. Damit ist es nicht nur gelungen, den Bestand dieses Programms auf Dauer zu erhalten, aufgrund der Anregungen dieses Instituts konnten auch noch weitere Verbesserungen eingeführt werden.

6. Ein weiteres Beispiel für das Bestreben der LfA, den mittelständisch geprägten Unternehmen in Bayern möglichst umfassend günstige Finanzierungen zu ermöglichen, stellt unser - natürlich wettbewerbsneutral ausgestaltetes - Angebot zu Konsortialfinanzierungen dar. Dieses erweitert den Spielraum der Banken auch für größere Wachstumsinvestitionen, erleichtert aber auch die Bereitschaft zur Finanzierung notwendiger Umstrukturierungen.

7. Zusätzlich haben wir als ein noch flexibleres Instrument sog. „Globaldarlehen“ an Geschäftsbanken eingeführt, damit diese die Refinanzierungsvorteile der LfA auch für maßgeschneiderte Einzelfinanzierun-

gen zugunsten ihrer Unternehmenskunden nutzen können.

AUSBLICK: NEUE AUFGABEN

Es gehört nicht viel prophetische Fähigkeit dazu, vorauszusagen, dass nach dem 18. September die Diskussionen um den Subventionsabbau an Heftigkeit zunehmen werden.

Dabei könnten und sollten die politischen Verantwortungsträger auf allen Ebenen überlegen, ob künftig nicht so manches Förderziel anstatt durch (teure) Zuschüsse auch durch (billigere) zinsgünstige bankmäßig ausgestaltete Kredite erreicht werden kann. Natürlich wird es immer Bereiche geben, in denen echt Bedürftigen nur durch direkte Zuschüsse geholfen werden kann – es wäre jedoch schon viel gewonnen, wenn bei jeder Fördermaßnahme förmlich vorgeschrieben würde, sich damit auseinanderzusetzen, ob nicht auch ein zinsgünstiges, rückzahlbares Darlehen ausreicht.

Unabhängig davon bietet sich mittelfristig an, die kreditgeschäftliche Erfahrung der LfA im Bereich der Wirtschaftsförderung auch für Darlehensförderungen in anderen Ressortbereichen zu nutzen, wie dies bei einigen Förderinstituten anderer Länder bereits geschehen ist, z.B. in den Bereichen Landwirtschaft, Soziales (Krankenhausbau u. a.) und Bildung.

Alles in allem gilt in und für Bayern: die Förderangebote der LfA sind aktueller denn je, zumal Landesbank und Sparkassen sich künftig verstärkt im Wettbewerb mit den Geschäftsbanken behaupten müssen.

Allerdings stellen diese länderspezifischen Instrumente nur ein Ergänzungsangebot zur allgemeinen Wirtschafts- und Konjunktursteuerung dar. So wichtig ein zinsgünstiger Kredit im Einzelfall sein kann: viel wichtiger ist es, dass die allgemeinen wirtschaftspolitischen und vor allem steuerlichen Rahmenbedingungen stimmen. Und dies kann nun mal nicht ein Länderförderinstitut ändern, sondern nur der Wähler bei einer Bundestagswahl.

RUDOLF W. SCHMITT

Vorsitzender des Vorstands
der LfA Förderbank Bayern

DRESDEN BEI NACHT



CITYLIGHTS 2006 Der Großformat-Kalender anlässlich 800 Jahre Stadtjubiläum Dresden

Kunstdruck, 4-farbig, Format 60 x 40 cm,

14 Blatt, Spiralbindung mit Aufhänger, Er-

scheinung: 30.09.05, Bestellung: ab sofort

im Buchhandel oder direkt über Kunstblatt

Verlag · Tel. 0351-4794244 · Fax 4794245

www.kunstblatt.com/citylights

ISBN: 3-938706-01-5

Kaufpreis: 39,50 EUR*

Direkt-Bestellung

Fax: 0351-4794245, Tel.: 0351-4794244

E-mail: kalender@kunstblatt.com

Ich/wir bestelle/n Kalender.

(14-tägiges Rückgaberecht**)

Name

Straße

PLZ Ort

Datum Unterschrift

Bezahlung erfolgt bequem per Rechnung oder Vorkasse (5 % Rabatt) auf Konto 830525200, Deutsche Bank, BLZ 87070024.

* Preis inkl. Mwst. und Versand (Deutschland)

** Versandkosten bei Rücksendung trägt der Besteller

KUNSTBLATT
VERLAG
GRAFIKDESIGN
MARKETING



Hübnerstraße 8
D - 01069 Dresden
Fon 0351 4794244
Fax 0351 4794245
mail@kunstblatt.com
www.kunstblatt.com



SIGMUND GOTTLIEB

Der Beruf des Medienmenschen ist eine Tätigkeit mit einem besonders hohen Maß an Freiheit. Diese große Freiheit kann jedoch nicht nur der eigenen Selbstverwirklichung dienen. Vielmehr findet publizistisches Tun seine Grenzen und seine Begründung in der Verantwortung für unser Gemeinwesen. Daher müssen wir Journalisten uns immer wieder daran erinnern, dass wir zwar viele Freiheiten und viele Rechte, dass wir aber mindestens genauso viele Pflichten haben.

Sie, lieber Leser, entwickeln als Fernsehzuschauer ein sehr feines Gespür dafür, ob wir unsere Pflichten gegenüber unserem Publikum tatsächlich auch erfüllen. Wie sensibel und fachkundig sie auf unsere Programmangebote reagieren, erkenne ich aus vielen Anrufen, E-Mails und Fax-Nachrichten unmittelbar nach unseren Sendungen. Glauben Sie mir: Wir sind über diese engagierten Reaktionen, man könnte auch sagen über diese Kontrolle durch den Souverän sehr, sehr froh! Was aber bedeutet nun Pflichterfüllung, ein Begriff, der in die Jahre gekommen oder unter die Räder des Zeitgeistes geraten war, für uns Fernsehjournalisten?

Ich habe den Eindruck, dass viele Angehörige unserer Zunft noch immer nicht begriffen haben, was die Grundlage unserer Arbeit ist: Wir haben eine Dienstleistungspflicht. Es ist ziemlich unerheblich, was uns Journalisten interessiert. Entscheidend ist, was für Sie, unsere Kundschaft, von Bedeutung ist. Wir haben einen Dienst für die Gesellschaft und an den Menschen zu leisten. Das Publikum ist das Maß der Dinge und nicht eitle Egoomanie von Journalisten.

Wir haben die Pflicht der Differenzierung. Gerade für uns Deutsche haben in den vergangenen Jahren die politischen, ökonomischen und sozialen Probleme dramatisch zugenommen. Durchblick und Überblick drohen verloren zu gehen. In dieser Situation haben die Medien die besondere Aufgabe, Ver-Sicherung statt

Auch Fernsehmenschen haben Pflichten

Ver-un-Sicherung zu schaffen. Sie fordern zu Recht ein, dass wir Ihnen schwierige Sachverhalte verständlich und nicht verstümmelt vermitteln. Oder wie es der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Manfred Kock ausdrückt: Die Aufgabe der Medien ist es, verstehbar zu machen, was komplex ist; nahe zu bringen, was fern steht; die Distanz wahren zu den Mächtigen und Nähe herzustellen zum Alltag.

Wir haben die Pflicht der abgeschlossenen Recherche nach dem Motto des angelsächsischen Journalismus: „Be first, but first be sure“, sei der Erste, aber zuerst sei Dir deiner Sache sicher. Wir haben auch die Pflicht des fairen Umgangs miteinander. Journalisten und Politiker haben sich auf einem sachlich-selbstbewussten Niveau zu treffen. Dabei sollten wir uns stets um eine angemessene Gesprächskultur bemühen. Interviews dürfen weder zum Schmusekurs verkommen, noch zur Inquisition degenerieren. „Wenn der Kehlkopf über den Kopf siegt, wenn Andersdenkende vorgeführt und der Öffentlichkeit preisgegeben werden, wenn die Unfähigkeit zum Diskurs und verbale Gewalt kultiviert werden, dann ist das die Vorstufe der physischen Gewalt. „Überzeugen durch Argumente, nicht durch Lautstärke muss die Devise sein“, so der Fernsehdirektor des Bayerischen Rundfunks.

Sind wir Fernsehleute uns eigentlich wirklich bewusst, welche Wirkung wir mit unseren Sendungen erzeugen können. Noch immer ist Fernseh-Kommunikation normbildend für viele Menschen, vor allem für unsere Kinder. Wer wollte bestreiten, dass der Gesprächsstil, den wir vor der Kamera pflegen, auch die Tonlage in der Schule und im Elternhaus prägt! Sicher, dies alles hat auch mit Moral zu tun und mit der viel diskutierten Ethik des Journalismus. Es hat aber vor allem mit Intelligenz zu tun. Mit der Einsicht nämlich, dass uns die Zuschauer auf Dauer nicht an flotten Sprüchen und grellen Krawatten messen, sondern an der Erfüllung unserer journalistischen Sorgfaltspflicht.

Dienstags, 20.15 Uhr, Münchner Runde, die Diskussionssendung im Bayerischen Fernsehen. Wieder hatten wir Teilnehmer eingeladen, die nachweislich etwas zum Thema zu sagen hatten. Die einen klaren Standpunkt vertraten. Noch dazu diskutieren sie diszipliniert, lieben einander ausreden, fielen sich nicht andauernd ins Wort: ein Wahlforscher, ein Journalist, zwei Politiker. Ja, wo gibt es denn so etwas? Warum ist es mir als Moderator der Runde nicht durch gezielte Provokation gelungen, den sachlich ruhigen Austausch der Argumente zu stören? Warum habe ich wieder so schrecklich versagt und ein weiteres Mal nicht erreicht, dass sich die Diskutanten in die Wolle gekriegt haben

und wenigstens einer meiner Gesprächspartner laut fluchend und schlagzeilenträftig aus dem Studio gestürmt ist? Wo blieb die Gewalt des Wortes, die nichts mit Wortgewalt, aber viel mit Phonstärke und noch mehr mit Intoleranz zu tun hat? Nichts von alledem an diesem Abend. Kein Zoff! Ziel verfehlt? Nein, ein entschiedenes Nein. Das ist unser Stil, unser Diskussionsstil. Wir pflegen ihn ganz bewusst. Auch da können die Fetzen fliegen. Aber sie fliegen um der Sache willen. Unsere Zuschauer mögen diese Qualität. Ich mag sie auch, denn sie bringt Einschaltquote.

Da man uns Deutschen ja nichts recht machen kann, stehen die meisten Talkshows unter Dauerbeschuss. Manches Argument kann ich durchaus nachvollziehen: Die Talkshow, das Ersatzparlament. Die ewig selben Gäste, die als Wanderzirkus von Sendung zu Sendung ziehen. Alles sei schon gesagt, nur noch nicht von allen. Keine Antworten auf die Fragen der Moderatorinnen und Moderatoren. („Das ist eine interessante Frage, aber lassen Sie mich zunächst auf meinen Vorredner antworten“). Aber warum stehen diese Sendungen dennoch beim Publikum weiterhin so hoch im Kurs? Ich will's Ihnen sagen:

Weil keiner von uns die Agenda 2010 oder die Wahlprogramme der Parteien oder die EU-Verfassung als Bettlektüre auf dem Nachttisch liegen hat. Und weil Talkshows Menschen zeigen, stark und schwach.

„Das Fernsehen ist ein Menschenmedium. Es beweist seine Stärke und Qualität, wenn auf dem Bildschirm Menschen zur Geltung kommen, die authentisch sind. Es ist nicht entscheidend, ob sie jung oder alt, schön oder hässlich sind, sondern ehrlich gegenüber ihren eigenen Gefühlen und glaubwürdig in ihren Aussagen“, so Prof. Dieter Stolte, der ehemalige ZDF-Intendant. Er sieht im Fernsehen den größten Geschichtenerzähler seit der Bibel. Ist es nicht genau das, was Talkrunden so spannend machen kann: Wenn Gesichter ihre Geschichten erzählen?

Nach diesem Exkurs in die deutsche Talk-Welt hätte ich beinahe eine weitere Pflicht der Medienmenschen vergessen. Wir haben die Pflicht, Irrtümer zuzugeben und uns für Fehler, die wir machen, öffentlich zu entschuldigen – auch wenn es schwer fallen mag.

SIGMUND GOTTLIEB

Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens

Von Sigmund Gottlieb erscheint am 22.09.05 das Buch „Sag mir, wo die Werte sind“ mit einem Vorwort von Alt-Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog (Originalausgabe ca. 160 Seiten, gebunden, EUR 9,95).

Terminvorschau

München 20. September	Ausschuss für Medien- politik	Regensburg 18. Oktober	Bezirk Regensburg	Nürnberg 21. November	Bezirk Mittelfranken
Nürnberg 20. September	Bezirk Mittelfranken	München 21. Oktober	Bezirk München	Kulmbach 22. November	Bezirk Kulmbach
München 26. September	Ausschuss für Wirtschaftspolitik	München 27. Oktober	Ausschuss für Medien- politik	München 24. November	Ausschuss für Medien- politik
München 05. Oktober	Bezirk München	Passau 09.-12. November	Bezirk Passau, Delega- tionsreise nach Österreich	München 30. November	Ausschuss für Energie- politik
München 06. Oktober	Ausschuss für Wirtschaftspolitik	München 14. November	Arbeitskreis „Wirtschaft und Kirchen“	Bayreuth 01. Dezember	Bezirk Bayreuth
Kulmbach 06. Oktober	Bezirk Kulmbach	Aschaffenburg 21. November	Bezirk Aschaffenburg	München 05. Dezember	Jahreshaupt- versammlung

Nur wer sich bewegt, kommt voran!

Anzeigen in der Mitglieder-Info



Antwort: Fax 089 291518 (WBU) oder 0351 4794245 (Kunstblatt)

Wir interessieren uns für eine bzw. mehrere Anzeigenschaltung(en) in dem von uns angekreuzten Format und Zeitraum. Bitte nehmen Sie Kontakt mit uns auf (siehe Absender rechts). Mehr unter: www.wbu.kunstblatt.com Alle Preise zzgl. Mwst.

Format: 1/1 2/3 1/2 1/3 1/4 1/6 1/8 2005: 10 11 12 2006: 01 02 03 04 O.....

Firma _____

PLZ Ort _____

Straße _____

Ansprechpartner/in _____

Telefon _____

Fax _____

e-Mail _____

Ort/Datum/Unterschrift _____

Qualität in Stahl

Unsere Leistungen:

- » Stahlkonstruktionen inklusive Dach und Wand
- » Ausführung von Schlosserarbeiten
- » Reparaturservice im Metallbereich

Unsere Kunden (Auszug):

- » BMW » Meiller » Kellerer
- » Tenovis » Bosch u. v. m.

Preußenstraße 6
80809 München
Telefon 089 357482-0
Telefax 089 357482-19
www.weber-service-gmbh.de

© Kunstblatt

ÜBER UNSERE PRINT-MEDIEN ERREICHEN SIE DIREKT UND OHNE STREUVERLUST ENTSCHEIDER AUS WIRTSCHAFT, MARKETING, POLITIK UND KULTUR

www.kunstblatt.com

Impressum Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel.: 089-242286-0, Fax: 089-291518
E-Mail: info@wbu.de · Internet: www.wbu.de – Produktion/Anzeigen: KUNSTBLATT® Co. KG Verlag Grafikdesign Marketing · Hübnerstraße 8
01069 Dresden, Tel. 0351-4794244, Fax: 0351-4794245 · E-Mail: muenchen@kunstblatt.com · Internet: www.kunstblatt.com